

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 30. März 1973

Blatt 602

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Wiener Landtag

Wiener Gemeinderat

Parkometergesetz wird nicht zurückgenommen

Lokal:

Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche

Slavik: Für Schutz der Erholungsgebiete -- Gegen  
Auswüchse der Freizeitindustrie

Kulturdienst:

Ausstellung in der Galerie Alsergrund

Karajan -- 65. Geburtstag

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer: (1) 3240

L o k a l :

=====

s l a v i k :

-----

fuer schutz der erholungsgebiete -  
gegen auswuechse der freizeitindustrie

wien, 30.3. (rk) fuer die erhaltung und pflege der erholungs-  
landschaft im nahbereich der ballungszentren und in den urlaubs-  
und feriengebieten sowie gegen die auswuechse der freizeitindustrie  
sprach sich donnerstag landeshauptmann felix s l a v i k ,  
als hauptredner der oesterreichischen delegation bei der umwelt-  
schutzkonferenz des europarates aus.

wie er dabei unter anderem ausfuehrte, gelte es nicht nur,  
die natur gesund zu erhaltens, sondern dort, wo fehlentwicklungen  
eingetreten sind, entsprechende korrekturen vorzunehmen.  
die natur muesse vor allem dem menschen unmittelbar zugute kommen.  
bedingt durch die immer groesser werdende freizeit und den  
zunehmenden wohlstand werde es den in den ballungsraeumen lebenden  
menschen mehr als je zuvor moeglich, in der natur erholung und  
entspannung zu finden.

der landeshauptmann unterstrich weiter die bestrebungen  
oesterreichs, auswuechse der freizeitindustrie wie zum beispiel die  
verwendung von motorbooten und motorschlitten einzudaemmen und  
auf ein vertretbares mass zurueckzufuehren. ebenso muesste  
seiner meinung nach der apartmenthausbau mehr unter kontrolle ge-  
bracht werden.

in den bergregionen bestehe zufolge der schweren lebens-  
bedingungen die gefahr der abwanderung der baeuerlichen be-  
voelkerung und damit einer veroedung der erholungslandschaft.  
diese entwicklung koenne nur durch eine honorierung der  
leistungen zur erhaltung der landschaft und einer allgemeinen  
verbesserung der lebensbedingungen entgegen gewirkt werden.

als besondere probleme bezeichnete slavik ferner die luft-  
und wasserverschmutzung, die laermbekaempfung und die wasser-

gewinnung. Luft- und wasserverschmutzung sind vielfach grenz-  
ueberschreitende erscheinungen, die einer internationalen loesung  
zugefuehrt werden muessen. ebenso ein internationales problem  
sind die einheitlichen vorschriften zur reinigung der abgase  
von kraftfahrzeugen und festsetzung von grenzwerten fuer die von  
den industrieanlagen ausgehenden emissionen.

+++

L o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:  
stromstrasse gesperrt

2 wien, 30.3. (rk) wegen gleisbauarbeiten wird die stromstrasse ab montag kommender woche zwischen hartlgasse und hoechstadtplatz fuer den durchzugsverkehr in beiden richtungen fuer ungefaehr sechs wochen gesperrt. eine weitere verkehrssperre - wegen gasrohrlegungen - wird in der gablergasse zwischen taubergasse und hernalser guertel ab montag wirksam.

dringend notwendige reparaturen an den dehnfugen der nikolai-bruecke im zuge der wiener westausfahrt fuehren zu einer einengung der fahrbahn auf eine spur: in den naechsten beiden wochen wird diese verkehrsbehinderung nur an je drei tagen bestehen. an den wochenenden wird die westausfahrt fuer den ausflugsverkehr in vollem umfang zur verfuegung stehen.

bereits heute, freitag, muessen die wasserwerke mit der behebung eines rohrgebrechens im waehringer guertel beginnen: im kreuzungsbereich mit der sechsschimmelgasse wird die rechte fahrspur von freitag 19 uhr bis montag 6 uhr frueh gesperrt. ebenfalls wird die mittlere fahrspur des waehringer guertels im kreuzungsbereich mit der sporkenbuehelgasse fuer den gleichen zeitraum gesperrt.

powi

K o m m u n a l :

## Wiener Landtag

=====

Wien, 30.3. (RK) Der Wiener Landtag (Vorsitz Präsident Dr. Stemmer) trat Freitag zu einer kurzen Geschäftssitzung zusammen. Es lagen vor: zwei Anfragen von der DFP und eine von der FPÖ. Vier Anträge der ÖVP betreffen die Einführung der direkten Demokratie mittels Volksbegehren und Volksbefragung. Ein Antrag der FPÖ betrifft die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Kontrollamtes. Ein Antrag der DFP, Verfassungsfragen auf die Tagesordnung zu setzen, wurde abgelehnt.

Nach der Wahl von Dipl.-Ing. Dr. Joseph Frühwirth (ÖVP) als Ersatzmann für den Bundesrat wurde das Gesetz über die zeitliche Befreiung von der Grundsteuer (Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetz 1973) ohne Debatte in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Mit diesem Gesetz wird den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1973 entsprochen, daß die Feststellung der Dauer und des Ausmaßes der zeitlichen Grundsteuerbefreiung den Gemeinden obliegt, erklärte dazu Stadtrat Schweda (SPÖ) als Berichterstatter. (Schluß)  
(Ende der Sitzung des Landtages).

## Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 30.3. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Felix Slavik trat Freitag nach dem Landtag der Gemeinderat zusammen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß er für diese Sitzung die Genehmigung für Fernsehaufnahmen erteilt habe. Slavik sagte, er sei erfreut, daß das Fernsehen die Diskussion über das Sternwarte-Areal aufnehmen wolle. Er würde es aber ebenfalls begrüßen, wenn das Fernsehen zu den Beratungen des Vorschlages, wo es um die großen Wiener Vorhaben geht, wenigstens einen Kameramann für eine Stunde aufwenden würde, um die Bevölkerung zu informieren.

An Anfragen wurden eingebracht: 11 von der DFP, je 5 von der FPÖ und der ÖVP. Weiters lagen zahlreiche Anträge vor: Die Anträge der DFP betreffen die Schaffung einer Baumschutzordnung, die Einführung des kostenlosen Bäderbesuches für Schüler und Studenten, die Überprüfung der mit Falttüren ausgerüsteten Straßenbahnwaggons.

Die Anträge der FPÖ betreffen die Errichtung eines Radweges über die Reichsbrücke, die Vorlage eines Hochschülerweiterungskonzeptes für Wien sowie die Verlängerung der Betriebszeiten auf den Autobuslinien 27 A und 28 A.

Die Anträge der ÖVP betreffen die Einführung des kostenlosen Eintritts in den städtischen Museen, die Erweiterung der Sauna im Floridsdorfer Hallenbad, die Überprüfung der zentralen Antennenanlagen für TV-Empfang in der Großfeldsiedlung und die Ausfolgung von Liefervertragsunterlagen bei Erdgasumstellung.

Bürgermeister Felix Slavik gab dann bekannt, daß zwei dringliche Anfragen zum Schluß der Sitzung zur Verhandlung gelangen. Und zwar die ÖVP-Anfrage über Maßnahmen gegen die Umweltgefährdung durch die Müllverbrennung im Fernwärmewerk Spittelau und die SPÖ-Anfrage, betreffend die Befragung der Wiener Bevölkerung über die Errichtung des Zoologischen Instituts der Universität Wien auf dem Sternwartegelände.

Debatte um neue Kindergartengebühren

Der Antrag von GR. Maria Szöllösi (SPÖ), die Besuchsgelder für die städtischen Krippen, Kindergärten und Horte per 3. September 1973 neu festzusetzen, löste eine längere Debatte aus. Der Antrag wurde von der Berichterstatterin damit begründet, daß sich der Aufwand für die Kindertagesheime seit der letzten Festsetzung der Besuchsgelder vor sieben Jahren gewaltig erhöht habe. Die Steigerung der Ausgaben betrage 89,2 Prozent. Die Ausgaben steigen weiter durch die Einführung der Mehrwertsteuer und die im Juli zu erwartende Erhöhung der Personalkosten um 7,7 Prozent. Um eine sofortige, wenn auch geringfügige Belastung der Eltern zu vermeiden, wird die Neuregelung erst ab 3. September wirksam.

GR. Wolfram (FPÖ): Die Neuregelung bringe eine Fülle zusätzlicher Härten für viele junge Familien. Als der Redner die Formulierungen "Aufzucht der Kinder" verwendete und von der Gefahr der "Oberfremdung Wiens durch die Gastarbeiter" sprach, erntete er heftige Zwischenrufe aus den Bänken der SPÖ, die derartige Bezeichnungen empört zurückwiesen.

GR. Lehner (ÖVP) bezeichnete es zunächst als unverantwortlich, daß die öffentliche Hand in einer Zeit der Stabilisierungsbemühungen selbst mit Tariferhöhungen komme. Überdies treffe diese Gebührenerhöhung die besonders finanziell strapazierten jungen Familien. Er stellte daher den Antrag, die Gebühren von der Mehrwertsteuer zu entlasten, überdies bei Einkommen unter 3.000 Schilling die Gebühren weiter zu ermäßigen bzw. überhaupt zu erlassen.

GR. Tuma (DFP) erklärte, daß man mit der Zeit den Kindergartenbesuch für alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr obligatorisch einführen müsse, um die Gleichheit der Bildungschancen zu erreichen. Gleichzeitig sollte man beginnen, die Besuchsgebühren überhaupt einfrieren zu lassen, um schließlich zum kostenlosen Besuch zu gelangen.

GR. Gawlik (SPÖ) trat temperamentvoll der Ansicht entgegen, daß die Neuregelung soziale Härten bringe. Er wies an Hand eines Beispiels nach, daß gerade die finanziell schlechter gestellten Eltern in Hinkunft weniger als bisher zu bezahlen haben werden, vor allem deshalb, weil die Zahl der Einstufungsgruppen verringert wurde und überdies der Absetzbetrag für das zweite und weitere Kinder von 500 auf 1000 S erhöht wird. Die Erhöhung der Gebühren betrage maximal 5 Prozent und betreffe vor allem die Einkommensgruppen über 7.000 S. Die gewaltige soziale Leistung der gesamten Wiener Bevölkerung für die Kindergärten gehe schon daraus hervor, daß pro Kindergartenplatz im Durchschnitt 104 S eingenommen, aber 434 S ausgegeben werden.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der ÖVP-Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

#### Schutzzonen Spittelberg und Khleslplatz

Einstimmig wurden der Spittelberg - mit den Grenzen Burggasse, Kirchberggasse, Siebensterngasse, Spittelberggasse, Schrankgasse, Stiftgasse, Siebensterngasse und Sigmundgasse - und der Khleslplatz in Meidling zu Schutzzonen erklärt.

GR Hanke (SPÖ) erklärte als Referent, daß der Spittelberg trotz einiger störender Einbauten aus der Gründerzeit die einzige noch erhaltene Vorstadt aus der Zeit nach der zweiten Türkenbelagerung sei. Barocke Fassaden, originelle Höfe und biedermeierliche Reihenhäuser kennzeichnen das Gebiet.

GR Dr. Wolfram (FPÖ) bezeichnete die Festlegung der ersten Schutzzonen als historisches Ereignis für Wien, das gar nicht genug gewürdigt werden könne. Das historische Bewußtsein lasse aber noch immer zu wünschen übrig, die aufgewendeten Summen seien viel zu gering. Der Redner verwies auf die Gefährdung des Hauses Zum großen Jordan auf dem Judenplatz und verlangte, in den Schutzzonen außer den Gebäuden auch die Vegetation zu erhalten.

GR Dr. Macher (ÖVP) warf der Stadtverwaltung vor, für die Altstadterhaltung wenig Lust zu zeigen und zu zögernd zu handeln.

Die Gründe dafür seien, daß man offenbar nicht wisse, was man mit den erhaltenen Gebäuden machen solle und daß man Angst vor den Ausgaben habe. Schon voriges Jahr seien Schutzzonen im 1., 3. und 19. Bezirk angekündigt worden, die noch immer nicht vorliegen. Dr. Macher brachte einen Antrag ein, in dem ein Funktions- und Revitalisierungskonzept sowie die Bildung einer gemischt-wirtschaftlichen Trägergesellschaft für den Spittelberg verlangt werden. Dieser Antrag wurde einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

GR Wiesinger (SPÖ) wandte sich einleitend an das anwesende Fernsehteam: Das Fernsehen habe sich in der Vergangenheit immer wieder mit der Altstadterhaltung beschäftigt. Jetzt jedoch, da so wichtige Beschlüsse in dieser Frage zur Diskussion stehen, interessiere sich das Fernsehen auf einmal nicht dafür. GR Wiesinger wandte sich gegen eine Darstellung der Dinge, als habe die Stadt in der Vergangenheit nichts für Altstadterhaltung getan. In Wirklichkeit seien schon bisher beträchtliche Summen für diesen Zweck aufgewendet worden. Man solle auch nicht so tun, als habe es in früheren Zeiten mehr Verständnis für die Altstadterhaltung gegeben. Im vorigen Jahrhundert fehlte dieses Verständnis völlig und am Beginn unseres Jahrhunderts wollten Spekulanten das ganze Gebiet Spittelberg aufkaufen und niederreißen. Nur der erste Weltkrieg habe diesen Plan verhindert. Die ersten Bewohner des Spittelberges seien ungarische, windische und kroatische Zuwanderer gewesen. Viele Wiener - auch solche, die heute gegenüber Zuwanderern nicht sehr freundlich sind - stammen von diesen Gastarbeitern des 17. und 18. Jahrhunderts ab. GR Wiesinger setzte sich ebenfalls dafür ein, den Baumbestand in den Zonenschutz einzubeziehen.

GR Dr. Tuma (DFP) kritisierte, daß ein Teil des Ertrages aus dem Kulturschillinggesetz nicht für Altstadterhaltung verwendet werde. Nicht zu kritisieren sei jedoch das Tempo bei der Festlegung der Schutzzonen, weil man hier in Ruhe und ohne Zeitdruck überlegen müsse.

### Subventionen

Bei GR. Müller (DFP) stieß die Subventionierung verschiedener Vereinigungen und Organisationen (Gesamtausmaß 3,7 Millionen) auf Kritik. Er sprach sich gegen jegliche politische Subvention aus und verlangte, die Organisationen sollten nachweisen, was sie mit dem Geld machen. Berichterstatter StR. Schweda wandte sich gegen jede Art von Reglementierung.

Die Subventionsliste wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP bewilligt.

### Kritik an Umwidnungen

Zur Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes im 12. und 23. Bezirk für die Verwirklichung der Aufbauachse Meidling - Siebenhirten meldeten sich gleich zwei Debattenredner der DFP zu Wort. GR. Dr. Tuma sprach sich wohl für die Umwidmung aus, äußerte aber gleichzeitig die Befürchtung, daß es sich dabei um ein sehr unausgereiftes Projekt handle. GR. Müller kritisierte, daß bei der vorliegenden Umwidmung in Meidling und Liesing die Interessen zahlreicher Anrainer unberücksichtigt geblieben seien.

GR. Dr. Irnschall (FPÖ) übte gleichfalls Kritik am vorliegenden Projekt, wobei er mehr Information der Öffentlichkeit über dieses Vorhaben forderte.

GR. Hofstätter (SPÖ) wies die erhobenen Vorwürfe bezüglich einer mangelhaften Planung zurück und unterstrich die Bedeutung dieses Projektes für die Stadterweiterung und -erneuerung Wiens. Mit der Realisierung dieses Vorhabens liege Wien zweifellos im Spitzenfeld des europäischen Wohnbaues.

Dr. Peter Mayr (ÖVP) begrüßte die "großflächige Bearbeitung des 23. Bezirks". Der vom Planungsstadtrat angekündigte Stadtentwicklungsplan komme jedoch um Monate zu spät. Grundsätzlich sei bei der derzeitigen Bevölkerungsentwicklung auch die Frage einer noch möglichen Stadterweiterung zu prüfen. Da die Linie U 6 B bei der Vollendung des Projektes Alt Erlaa "noch weit und breit nicht in Sicht" sei, müßte auch der Ausbau der übrigen Schienenwege (Badner Bahn usw.) und des Verkehrsbauwerkes Philadelphiabrücke im Auge behalten werden.

GR. Dinhof (SPÖ) betonte als Referent im Schlußwort, daß eine Flächenwidmung grundsätzlich dem Schutz des Gebietes vor Verbauung diene. Begrüßenswert sei es auch, wenn die Magistratsabteilung 21 bereit sei, geäußerte Bedenken zu berücksichtigen. Immer wieder werde die Bevölkerung anlässlich von Flächenwidmungen in dem Sinne durch falsche Information beunruhigt, als träte gleich am nächsten Tag die Spitzhacke in Aktion.

Dem Antrag stimmten die SPÖ und die ÖVP zu. Einer Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes in einem weiteren Gebiet des 12. und 23. Bezirkes - den Antrag stellte ebenfalls GR. Dinhof - stimmten gleichfalls SPÖ und ÖVP zu.

#### Bezirkszentrum Kagran

GR. Ing. Hofstätter (SPÖ) beantragte dann eine Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes im 22. Bezirk, die für die Detailplanung des Einkaufszentrums im Rahmen des Bezirkszentrums Kagran notwendig ist. GR. Schemer (SPÖ) hob hervor, daß jene vorher von GR. Müller (DFP) kritisierte Beeinträchtigung von vorgesehenen Schulen des Bundes durch einen Parkplatz keinesfalls gegeben sei. Hofstätter ergänzte, die Schule sei etwa 50 bis 60 Meter vom Parkplatz entfernt, entgegen der ursprünglichen Planung, wo nur eine Straße für einen Abstand von zehn Meter gesorgt

habe. Schemer wies noch darauf hin, daß das neue Bezirksamt Donaustadt und das Kulturzentrum dieser Tage fertiggestellt werde. Das künftige Einkaufszentrum werde vollklimatisiert sein und 28.000 Quadratmeter Verkaufsfläche umfassen. Im weiteren **Ausbau** soll eine Überbauung der Wagramer Straße nach Westen vorgesehen sein, desgleichen sei für einen U-Bahnanschluß gesorgt. Dieses neue Zentrum, dessen Anziehungskraft künftig über die Stadtgrenzen hinausreichen werde, sei durch das rasche Wachstum der Donaustadt - heute 80.000, 1980 etwa 100.000 Einwohner - gerechtfertigt.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

#### Dringliche Anfrage zum Fernwärmewerk Spittelau

Eine dringliche Anfrage der ÖVP über Maßnahmen gegen die Umweltgefährdung durch die Müllverbrennung im Fernwärmewerk Spittelau wurde von GR. Dr. Strunz begründet: Durch die Müllverbrennung sei bereits nach relativ kurzer Zeit der Beton im unteren Teil des Schornsteins bis zu den Bewehrungseisen zerfressen, weil offenkundig bei der Müllverbrennung äußerst aggressive Abgase freiwerden. Die ÖVP wolle daher vom Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe VII wissen, ob er von diesen Schäden Kenntnis habe und bereit sei, die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten. Dies sei deshalb notwendig, erklärte Strunz, weil diese Giftgase nicht gefiltert würden und daher eine Gefährdung der Bevölkerung darstellten.

Als Kontraredner replizierte Stadtrat Hubert Pfoch (SPÖ), der ÖVP sei jedes Mittel recht, um anerkannte Leistungen der Kommunalverwaltung herabzusetzen. Diese Haltung hätte die bürgerliche Partei schon in der ersten Republik eingenommen. Die Einbeziehung der Müllverbrennungsanlage in eine Hetzkampagne basiere auf zwei falschen Behauptungen: Es hätte keine Fehlplanung und dadurch entstehende Mehrkosten für den Hochkamin gegeben (Dr. Goller, ÖVP: "Aber das steht im Kontrollamtsbericht", GR. Gawlik, SPÖ: "Das ist trotzdem falsch."). Zudem habe er,

Pfoch, gestern einen Bericht von den zuständigen Fachleuten angefordert und heute erhalten, demzufolge kein Teil des Klärschlammes irgendwelche Schäden aufweise. Die Gefährdung sei daher konstruiert. Zudem würde der Betrieb der Müllverbrennung durch das Institut für medizinische Physik der Wiener Universität laufend kontrolliert. Diesen Berichten zufolge sei jedenfalls alles in Ordnung. Die Dringlichkeit sei daher nicht gegeben, und er vermute, schloß Pfoch, daß die Schnüffeltruppe von Dr. Strunz nicht bei der Müllverbrennungsanlage, sondern beim ÖVP-Hauptquartier gewesen seien, wo erst kürzlich Stadtrat Dr. Maria Schaumayer und Primarius Wiesinger verheizt worden seien.

Abstimmung: Die Dringlichkeit wurde mit den Stimmen der SPÖ nicht zuerkannt.

#### Volksbefragung um Verbauung Sternwartepark

GR. Schreiner (SPÖ) begründete einen dringlichen Antrag seiner Fraktion, in Wien eine Volksbefragung über die geplante Errichtung des Zoologischen Instituts in einem Teil des Sternwarteparks durchzuführen. Die dringliche Behandlung wurde einstimmig vom Gemeinderat beschlossen und Schreiner sprach als erster Debattenredner. Er zitierte zahlreiche Schlagzeilen aus Zeitungen und warf einer gewissen Presse vor, sie sei auf Kundenfang aus, wenn sie sich zum Retter des Sternwarteparks aufspiele. Ahnungslose Künstler bedauerten, im Sternwartepark nicht mehr spazieren gehen zu können, obwohl dieser Park nie der Öffentlichkeit zugänglich gewesen sei. Der Umweltschutz werde im Interesse kleiner Gruppen mißbraucht.

Dabei sei der Sternwartepark, fuhr Schreiner fort, ein idealer Standort für diese dringend notwendige Bildungsstätte. Trotzdem sei die ÖVP-Fraktion wie eine Schar gackernder Hühner zu einer Kehrtwendung veranlaßt worden, nachdem ein alter Hahn auf einen neuen Misthaufen gestiegen sei. Dabei sei diese Institutsplanung, die von den Ministern Piffli, Mock und Kotzina befürwortet worden sei, ein Erbe der ÖVP-Regierung.

Die entsprechende Flächenwidmungsänderung für diesen Teil des Sternwarteparkes sei schon im Dezember 1970 vom Wiener Gemeinderat mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP beschlossen worden. Obwohl der Vorsitzende damals nach Wortmeldungen gefragt habe, hätte sich niemand gemeldet. Auch die Währinger Bezirksvertretung habe einstimmig dieser Verbauung zugestimmt.

Daß die rund 200 Anrainer im Zuge diverser Bauverhandlungen Bedenken angemeldet hätten, sei deren gutes Recht, meinte Schreiner. Bedenklich jedoch sei es, daß sich eine Kapitalgesellschaft dieser Aktion angeschlossen habe, die selbst vom Grundstücksgeschäft in dieser Gegend lebe und dabei sei, gegenüber dem Sternwartepark 20 Bäume abzuholzen. Dagegen jedoch gäbe es keinerlei organisierten Widerstand. Und dieses Messen mit zweierlei Maß müsse abgelehnt werden. Nun stünden Unterschriften gegen Unterschriften, nachdem auch die Studenten und Professoren eine Aktion zugunsten des Institutsbaues eingeleitet hätten. Die ÖVP könne noch heute mit der SPÖ einen fairen Ausgleich in dieser Frage eingehen, wenn sie dem Vorschlag des Leiters der Sternwarte, Prof. Meurers zustimme, die Mauern des Parks zu schleifen, die Umgrenzung zurückzunehmen und damit Grünflächen freizugeben sowie an drei Seiten des Parks eine Fußgängerzone zu installieren. Dies wäre eine ideale Lösung für alle Beteiligten, während alle anderen Vorschläge bloß zur Folge hätten, daß die berechtigten Forderungen der Zoologen nach dem Institutsneubau auf Jahre vertröstet würden. Wenn jedoch darüber keine Übereinstimmung zu erzielen sei, dann sollte eine Volksbefragung durchgeführt werden, deren Ergebnis freilich den Gemeinderat nicht von seiner Verpflichtung zur Entscheidung entheben würde.

GR. Müller (DFP) bezeichnete den Antrag der Sozialisten als Flucht nach vorne, um zu versuchen, zumindest in Wien den Trend gegen die SPÖ aufzufangen. Daher die plötzliche Liebe zu Demokratisierung und Bürgerinitiativen.

Die ÖVP sei in dieser Frage völlig unglaubwürdig, weil sie verschieden abgestimmt habe. Der Sternwartepark stehe gleichsam stellvertretend für viele bereits verbaute Grünflächen und für noch nicht realisierte Projekte. Die Bevölkerung habe es eben einmal satt bekommen, daß ständig Grünland verbaut werde.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte, daß es kein Konzept für die Erweiterung der Hochschulen gebe. Die Zoologen hätten zweifellos den dringendsten Bedarf, aber es sei einfach nicht wahr, daß es keinen anderen geeigneten Baugrund für ihr Institut gebe. Der Baugrund Schottenring 11 sei genau so groß wie der vorgesehene im Sternwartepark. Mit der Volksbefragung trete die Mehrheit die Flucht nach vorne an. Zwei Vorbedingungen müßten dabei erfüllt werden: Die anerkannten Grundsätze unseres Wahl- und Stimmrechts müßten eingehalten und die Fragestellung müßte fair sein.

GR. Dr. Habl (ÖVP) bezeichnete den SPÖ-Antrag als recht eigenartig, da doch die SPÖ erst vor wenigen Wochen ÖVP-Anträge für direkte Demokratie abgelehnt habe. Diese direkte Demokratie müßte gesetzlich verankert werden und dürfte nicht, wie jetzt, ein Gnadenakt des Bürgermeisters sein. Ohne klare gesetzliche Grundlagen könnte eine Manipulation gewollt oder ungewollt, etwa durch die Fragestellung oder die Auswertung erfolgen. Der Redner bedauerte, daß im Falle des Baues für das Zoologische Institut aus einer Sachfrage ein Politikum geworden sei. (Zwischenrufe von der SPÖ: Wer ist denn schuld daran? Die ÖVP!). Die Freiheitlichen seien daran nicht unbeteiligt. Sie plakatierten "Mord am Sternwartepark" - und ihr Abgeordneter Dr. Scrinzi habe sich für den Bau ausgesprochen.

GR. Gawlik (SPÖ) erklärte, daß die Sozialisten in Österreich und der Welt immer für die Demokratie eingetreten seien, was man von den bürgerlich-konservativen Parteien nicht sagen könne. Die ÖVP-Anträge am Jahresbeginn seien überflüssig gewesen, weil schon bei der Budgetdebatte im Dezember mitgeteilt wurde, daß die intensiven Vorarbeiten für eine Novellierung der Wiener Verfassung so weit gediehen seien, daß 1973 mit der Vorlage an den Gemeinderat zu rechnen sei. Der Redner warf der ÖVP vor, mit zweierlei Maß zu messen: Wo sie die Mehrheit hat, sei sie gegen die Demokratisierung. GR. Gawlik zitierte dazu Beispiele aus Vorarlberg und Innsbruck. In Wien versuche die ÖVP offenbar, über eine Verfassungsänderung jene Macht zu erreichen, die ihr die Wähler verweigern.

In der weiteren Debatte bezeichnete GR. Dr. Tuma (DFP) den SPÖ-Vorschlag, die Bevölkerung über die Errichtung des Zoologischen Instituts im Sternwartepark entscheiden zu lassen, als fairen Vorgang. Der Redner meinte jedoch, daß auch die Ansicht des ÖVP-Sprechers Dr. Habl richtig sei, daß die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für Volksbefragungen zu schaffen seien. GR. Dr. Tuma appellierte abschließend an alle im Gemeinderat vertretenen Parteien, sachlich an die Änderung der Stadtverfassung heranzugehen.

GR. Zörner (ÖVP) meint als nächster Debattenredner, im Wiener Gemeinderat sollten Wiener Probleme und nicht andere behandelt werden. Tatsache sei, daß Wien und das Burgenland die einzigen Bundesländer seien, in denen es keine Volksbefragung gäbe. Die heutigen Beiträge der SPÖ hätten nicht dem Niveau des Gemeinderates entsprochen. (StR. Heller: "Wir sind nicht in der Schule, daß Sie Zensuren verteilen.") Die Selbstgefälligkeit der absoluten Mehrheit im Gemeinderat habe ein unerträgliches Ausmaß erreicht. (Beifall bei der ÖVP.) Auch seine Fraktion sei dafür, auch das private Grün zu schützen. Was den Neubau des Zoologie-Institutes angehe, gäbe es bloß einen Ausweg: Den Vorschlag von Architekt Holzbauer, der erklärt habe, das seinerzeitige Projekt für den Rechnungshof könne in drei Monaten für die Bedürfnisse der Zoolgen adaptiert werden.

Als letzter Redner warf GR. Edlinger (SPÖ) der ÖVP-Inkonsequenz vor. Selbstverständlich hätten Bürgerinitiativen ihren Platz in der Demokratie. Es habe sich freilich gezeigt, daß die Privilegierten am schnellsten gelernt hätten, dieses Instrument zur Verteidigung ihrer Interessen zu verwenden. Aber nicht alles sei richtig, was durch Bürgerinitiativen erfaßt werde. Vor allem dürften die gewählten Mandatäre dadurch nicht unter Druck gesetzt werden.

Als sich bei den Ausführungen von Edlinger die Zwischenrufe häuften, schaffte sich Bürgermeister Slavik mit der Glocke Gehör und meinte, auch das Zuhören gehöre zur Demokratie. "Dann müssen Sie den Redner auch zur Sache rufen", rief GR. Dr. Ebert (ÖVP). "Das müssen Sie schon dem Vorsitzenden überlassen", replizierte Slavik.

Edlinger warf schließlich der Volkspartei noch Opportunismus vor. Den Freiheitlichen wiederum hielt er vor, sie hätten keinen

Kontakt zu ihrem Nationalratsabgeordneten Scrinzi, der im Parlament Minister Dr. Firnberg gefragt habe, wann denn mit dem Bau des Institutes begonnen werde. (Dr. Hirnschall: "Sie haben nicht alles zitiert.") Die SPÖ sei jedenfalls für einen raschen Bau des Institutes für die Zoologen auf dem Gelände des Sternwarteparkes. Aus Respekt vor dem Souverän sei sie jedoch auch für mehr Mitspracherecht für die Bürger. Was schließlich die Verfassung angehe, so werde diese überarbeitet und entsprechende Anträge dem Landtag zugeleitet. Bevor es noch zu dieser Volksabstimmung komme, würde die Stadtverwaltung die Bevölkerung voll informieren.

Bürgermeister Slavik erklärte nach Schluß der Debatte, es sei erfreulich, daß sich alle Parteien für die Volksbefragung ausgesprochen hätten. Er wies den Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dem Magistrat zu.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

k o m m u n a l :

=====

parkometergesetz wird nicht zurueckgenommen

11 wien, 30.3. (rk) nationalrat fritz h a h n hat freitag laut oevp-pressediens in einer pressekonferenz gesagt, dass das ''wiener parkometergesetz nach letzten informationen von der sp-rathausmehrheit wahrscheinlich zurueckgenommen wird''. dazu teilt finanzstadtrat otto s c h w e d a der ''rathaus-korrespondenz'' mit, dass diese auesserung nicht stimme. es haetten in der angelegenheit gespraechе mit den beiden grossen kraftfahrorganisationen oeamtc und arboe stattgefunden, ebenso mit den bezirksvorstehern der bezirke 1 und 6. dabei wurde in einer reihe von zusammenhaengen uebereinstimmung erzielt. beratungen ueber einige detailfragen werden weiter gefuehrt.

1555